

Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend Kristina Schröder
Ministerbüro

– per E-Mail –

Ansprechpartner: Paul Predatsch

E-Mail: paul.predatsch@zeitpfeil.org

Internet: www.zeitpfeil.org

Telefon:

Telefax:

Mobil:

0331/20155-32

0331/20155-34

0176/96049848

Datum: 04. Feb. 2011

Erklärung für Demokratie

Sehr geehrte Frau Ministerin Schröder,

als freier Träger der politischen und kulturellen Bildung teilen wir die Sorge der InitiatorInnen des Aktionstages für Demokratie – Gegen Misstrauen und Bekenntniszwang. Die „Erklärung für Demokratie“, die das BMFSFJ derzeit allen Trägern im Rahmen der Programme „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ und „Initiative Demokratie stärken“ abverlangt, ist unserer Ansicht nach kontraproduktiv zur Stärkung von Toleranz und Demokratieförderung.

Politische Bildung und Demokratieförderung ist ohne eine aktive und pluralistische Zivilgesellschaft nicht denkbar. Erst durch kritische Auseinandersetzung mit Bezug zu Geschichte, Gegenwart und Zukunft und den Dialog zwischen Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen können menschenverachtende und demokratiefeindliche Einstellungen entlarvt und verantwortungsvolles, demokratisches Handeln ermöglicht werden. Der Ort hierfür ist die tägliche Arbeit unzähliger Vereine, Initiativen und Stiftungen. Gerade aber in Gegenden, in denen diese zivilgesellschaftlichen Strukturen nur schwach ausgeprägt sind, wird ihre ohnehin schwierige Arbeit durch die Beförderung von Misstrauen, die mit der Einführung der sogenannten „Erklärung für Demokratie“ wegen der Selbstverpflichtung zur Überprüfung von KooperationspartnerInnen einherginge, zusätzlich behindert. Auch ist die Vermischung der Arbeit von Polizei und Verfassungsschutz mit der zivilgesellschaftlichen Akteure problematisch.

Hinzu kommt, dass die Vorstellung, man könne vermeintlichen Extremisten entgegentreten und so die freiheitlich-demokratische Grundordnung wahren, auf falschen Prämissen beruht: Menschenverachtende Einstellungen – wie etwa Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus, Abelismus, Sexismus oder Homophobie – sowie autoritäre politische Haltungen sind eben kein Problem einzelner benennbarer Personen und Organisationen am Rande der Gesellschaft, gegen die sich die demokratische Mehrheit zur Wehr setzen müsste. Vielmehr finden sich diese Phänomene als (mehr oder minder) bewusst geteilte Einstellungen oder als institutionelle Barrieren überall in unserer Gesellschaft. Durch die Isolation vermeintlicher Extremisten werden diese in ihrer antidemokratischen Haltung nicht nur bestärkt, sondern es geraten auch genau diese gesamtgesellschaftlichen Probleme aus dem Blick.

Wir fordern Sie daher auf, die Sätze 2 und 3 der sogenannten „Erklärung für Demokratie“ in den Zuwendungsbescheiden ersatzlos zu streichen und das in Ihrem Haus vertretene Konzept der „Extremismus-Bekämpfung“ zu überdenken.

Mit freundlichen Grüßen,

Paul Predatsch
(für den Vorstand und die Mitglieder des Zeitpfeil e.V.)